

Kreisstadt Tauberbischofsheim
Main-Tauber-Kreis

- Auszug aus der -
Euro-Anpassungs-Satzung

vom 18.07.2001

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 5a Abs.2 und Abs. 6 sowie 8, 9, 10 und 10a des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Tauberbischofsheim am 18.07.2001 folgende

Satzung zur Anpassung örtlicher Satzungen an den Euro (Euro-Anpassungs-Satzung)

beschlossen:

Artikel 13

Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Tauberbischofsheim

Die Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Tauberbischofsheim vom 26.02.1965 wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Für die Zulassung zu den öffentlichen Märkten in der Stadt Tauberbischofsheim werden folgende Gebühren erhoben:

- | | |
|---|-----------------|
| a) bei Wochenmärkten | |
| für jeden laufenden Meter Frontlänge | 0,80 EUR |
| mindestens jedoch | 1,00 EUR |
| b) bei Krämermärkten, ausgenommen Martini-Markt | |
| für jeden laufenden Meter Frontlänge | 2,00 EUR |
| mindestens jedoch | 5,50 EUR |
| c) bei Martini-Markt (4 Tage Dauer) | |
| für jeden laufenden Meter Frontlänge | 3,00 EUR |
| mindestens jedoch | 8,00 EUR |
| d) bei Tiermärkten | |
| für jedes aufgetriebene Tier | 0,20 EUR |
| mindestens jedoch | 1,50 EUR |

Artikel 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft. Für Abgaben, die bereits von diesem Zeitpunkt entstanden und erst nach dem 31. Dezember 2001 zu entrichten sind, gelten für die Bemessung der Abgabe die Satzungsbestimmungen, die zum Zeitpunkt der Entstehung der Abgabenschuld gegolten haben.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Tauberbischofsheim, den 18.07.2001

Der Gemeinderat

gez.
Vockel
Bürgermeister